

Woll, Artur; Rothschild, Kurt W.; Willms, Manfred; Gahlen, Bernhard

Article — Digitized Version

Rationale Erwartungen und Stabilitätspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Woll, Artur; Rothschild, Kurt W.; Willms, Manfred; Gahlen, Bernhard (1977) : Rationale Erwartungen und Stabilitätspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 2, pp. 59-69

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135038>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Rationale Erwartungen und Stabilitätspolitik

Nach Ansicht der amerikanischen Nationalökonominnen Robert E. Lucas jr., Thomas J. Sargent, Neil Wallace und Robert J. Barro wäre – vereinfacht ausgedrückt – die beste Stabilitätspolitik die, nichts zu tun. Denn nach der von ihnen vertretenen Theorie der rationalen Erwartungen antizipieren die privaten Wirtschaftseinheiten die staatlichen Maßnahmen und machen sie damit wirkungslos. Steht den Wirtschaftswissenschaften nach der Keynes'schen Revolution und der Friedmanschen Gegenrevolution eine neue Umwälzung bevor? Die Professoren Artur Woll, Kurt W. Rothschild, Manfred Willms und Bernhard Gahlen nehmen Stellung.

Artur Woll

Keine neue Revolution in Sicht

Wer seine Kenntnisse über die wirtschaftswissenschaftliche Entwicklung aus Wochenmagazinen bezieht, muß den Eindruck gewinnen, als stehe – nach der Keynes'schen Revolution und Friedmanschen Gegenrevolution – eine neue Umwälzung bevor. Träger der neuen Revolte sei eine Gruppe amerikanischer Nationalökonominnen, die als „Rationalisten“ bezeichnet werden. Ihr theoretisch begründetes Credo laute: Der Staat sei außerstande, systematisch antizyklische Konjunkturpolitik zu betreiben, Beschäftigung und reales Sozialprodukt auf wünschenswerten Pfaden zu stabilisieren.

Es scheint deshalb nicht überflüssig, auf Bedeutung und Umfang der fachlichen Diskussion kurz einzugehen, bevor nähere Ausführungen zur Sache selbst

gemacht werden. Vor allem im Zusammenhang mit der Kritik zum modifizierten Phillips-Theorem, nach dem zwischen Inflationsraten und Arbeitslosenquoten eine inverse Beziehung besteht, werden die noch zu erläuternde Theorie „rationaler“ Erwartungen diskutiert und deren Implikationen für die Wirtschaftspolitik offengelegt. Damit ist klar, daß „Rational Expectations and the Theory of Economic Policy“ ein spezielles Thema vor dem Hintergrund eines allgemeinen Problems darstellt, der Bildung und des Einflusses von Erwartungen sowie der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Steuerung der wirtschaftlichen Aktivität.

Als Vertreter dieser Richtung sind einige jüngere Nationalökonominnen, vor allem Robert E. Lucas jr. (Universität Chicago),

Thomas J. Sargent, Neil Wallace (beide Universität Minnesota) und Robert J. Barro (Universität Rochester), zu nennen. Das Thema ließ, auch wenn man es nicht bagatellisiert, kaum erwarten, daß – wie zu lesen ist – die Wirtschaftswissenschaft „überflutet“ wird. Immerhin gibt es eine lebhaftere Schrifttumsdiskussion, die sich insbesondere in geldtheoretischen Zeitschriften abspielt – in Ansätzen im „Journal of Money, Credit and Banking“, solange Karl Brunner Herausgeber war, und im „Journal of Monetary Economics“, die Karl Brunner seit zwei Jahren editiert. In den großen, nicht spezialisierten Organen hat sich die Debatte bisher nur wenig niedergeschlagen. Nennenswert sind ein Aufsatz von Lucas in „The American Economic Review“ (Juni 1973) und Beiträge von

Sargent, Wallace und Lucas im „Journal of Political Economy“ (April 1975, Dezember 1975, April 1976), schließlich verstreut erschienene Arbeiten in weniger verbreiteten Zeitschriften (wie „Brookings Papers on Economic Activity“, „International Economic Review“, „Journal of Economic Theory“, „The Manchester School“) und in einer zweiteiligen Broschüre der Federal Reserve Bank of Minneapolis. Manche Zeichen deuten darauf hin, daß sich die Diskussion in der nächsten Zeit intensivieren wird.

Phillips-Theorem als Ansatzpunkt

Der sachliche Hintergrund für die Theorie rationaler Erwartungen sei knapp skizziert. Friedman (1966, 1968) und Phelps (1967) haben unabhängig voneinander als erste zum Phillips-Theorem klar festgestellt, daß langfristig ein Austausch zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit nicht möglich sei. Wenn es eine Wahl gebe, dann zwischen gegenwärtiger und künftiger Arbeitslosigkeit. Kurzfristig ließe sich Arbeitslosigkeit beseitigen, soweit es gelinge, die erwartete und deshalb antizipierte Inflationsrate unter der aktuellen Inflationsrate einer Periode zu halten; in der Regel sei das nur temporär und nur bei sich beschleunigenden aktuellen Inflationsraten möglich (Akzelerationshypothese). Sobald die Individuen dies bemerkten und sich anpassen könnten, verschwände die Divergenz zwischen antizipierter und aktueller Inflationsrate und damit auch der Beschäftigungseffekt. Die Arbeitslosigkeit steige wieder auf das Ausgangsniveau, auch wenn die Inflation erhalten bleibe; die Phillips-Kurve verlaufe langfristig vertikal. Die durch eine Inflation auf Dauer nicht beeinflussbare Arbeitslosigkeit wird – sprachlich leicht mißverständlich – als „natürliche Arbeitslosenquote“

bezeichnet. Daraus folgt nach monetaristischer Auffassung für die Wirtschaftspolitik: Die Geldmenge sollte mit einer gleichmäßigen Rate langfristig preisniveauneutral ausgedehnt werden, weil Geldmengenwirkungen auf Beschäftigung und reales Sozialprodukt nur zeitweilig und dann nur um den „Preis“ einer akzelerierenden Inflation zu erzielen seien. Sind falsche Erwartungen einmal angepaßt, führe eine überproportionale, über das reale Wachstum hinausgehende Geldmengenexpansion lediglich zur Inflation.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Artur Woll, 53, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Gründungsrektor der Gesamthochschule Siegen.

Prof. Dr. Kurt Wilhelm Rothschild, 62, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz.

Prof. Dr. Manfred Willms, 42, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Seminars für Wirtschaftspolitik und Strukturforschung an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

Prof. Dr. Bernhard Gahlen, 38, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Augsburg.

An diesem Punkt – und damit bei einem viel erörterten, heftig umstrittenen Thema – setzen die Vertreter einer rationalen Erwartungstheorie an. Sie unterstellen, daß die Individuen ihre künftigen Erwartungen aufgrund sämtlicher ihnen verfügbarer Kenntnisse bilden, wie etwa professionelle Nationalökonom oder Regierungen bei Prognosen. Die Individuen antizipierten nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen (feedback rule). Die bestmögliche Nutzung vorhandenen, wenn auch unvollkommenen Wissens bezeichnet man in Anlehnung an andere Autoren, wie Muth und Samuelson, als rational. Wird überdies angenommen, daß auf allen Produkt- und Faktormärkten vollständige Konkurrenz herrscht – mit unendlich hoher Anpassungsgeschwindigkeit der Preise –, läßt sich modelltheoretisch zeigen, daß Wirtschaftspolitiker die Individuen auch kurzfristig nicht mehr täuschen können. Da schon kurzfristig eintritt, was die Hypothese zur natürlichen Arbeitslosenquote als langfristiges Ergebnis eines Lern- und Anpassungsprozesses ansieht (vertikale Phillips-Kurve), brauche auf die vage Unterscheidung zwischen kurz- und langfristig nicht zurückgegriffen werden.

Dramatische Implikationen

Die geldpolitischen Implikationen einer Kombination von Hypothesen zur rationalen Erwartung und zur natürlichen Arbeitslosenquote sind: Eine systematische Geldmengenexpansion könne wohl eine Inflation nach sich ziehen, sei jedoch für die Beschäftigung und das reale Sozialprodukt „neutral“. Die Entscheidungsträger wären auch kurzfristig außerstande, Arbeitslosigkeit mit der Geldpolitik zu reduzieren, es sei denn, sie ergreifen überraschende, nicht vorgesehene Maßnahmen, die im

Wiederholungsfälle die Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik erhöhten und dadurch die wirtschaftliche Aktivität zunehmend dämpften. Diese Implikationen sind in der Tat recht dramatisch, wenn das theoretische Modell die Realität zutreffend beschreiben würde, zumal eine Tendenz besteht, die zunächst am Phillips-Theorem ansetzenden Überlegungen auf andere Teile der makroökonomischen Theorie zu übertragen (z. B. auf die Beziehung zwischen nominalen und realen Zinssätzen, die Zinsstruktur, die Konsum- und die Investitionsfunktion). Die Fairneß gebietet die Feststellung, daß sich die Vertreter dieser Theorie um empirische Evidenz bemühen und — wie insbesondere Lucas —

originelle Testverfahren entwickelt haben.

Ein abwägendes Urteil kann nicht übersehen, daß die Theorie der rationalen Erwartung die Diskussion um unbefriedigend erklärte oder gar ungelöste ökonomische Probleme belebt und in der Sache weitergebracht hat. Mehrere Jahrzehnte hat sich die ökonomische Erwartungstheorie der vagen psychologischen Ausdrucksweise vor allem der Cambridge-Schule bedient. Bei Pigou und Keynes ließen sich die Individuen von Wellen des Optimismus und Pessimismus leiten, die sie zu antizipieren suchten und damit erst erfüllten. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte ökonomische Erwartungstheorie hat die psychologi-

schen Behelfe früherer Jahrzehnte überwinden können und inzwischen einen Stand erreicht, der eine empirische Anwendung ermöglicht. Diese Feststellung gilt auch für die Theorie der rationalen Erwartung, mit deren Hilfe die Unzulänglichkeiten von Modellen mit traditioneller Erwartungsbildung aufgedeckt und die bisherigen Analysen zum Phillips-Theorem theoretisch vertieft worden sind. Diese positive Einschätzung sei kritischen Anmerkungen zum Modellansatz und zur empirischen Evidenz vorangestellt.

Einwände gegen die Theorie

Die kritischen Äußerungen zum Modell der rationalen Erwartung werden hier kurz gehalten, weil

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Franz Jürgen Jägerler

NATÜRLICHE ROHSTOFFE IM SUBSTITUTIONSWETTBEWERB

Das Beispiel des Naturkautschuks

Viele rohstoffexportierende Länder sehen sich einem wachsenden Wettbewerb mit synthetischen Materialien ausgesetzt, die überwiegend in den Industrieländern hergestellt werden. Die vorliegende Studie zeigt am Beispiel eines einzelnen Rohstoffes — dem Naturkautschuk —, daß die Substitution keineswegs als unabänderlich hingenommen werden muß. Vielmehr wird gezeigt, daß die von Synthetika in der Vergangenheit erzielten Wettbewerbsvorteile ausgeglichen werden können.

Großoktav, 279 Seiten, 1976, Preis brosch. DM 43,—

ISBN 3-87895-141-8

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

man den methodologischen Standpunkt vertreten kann, daß es nur darauf ankomme, für empirische Beobachtungen eine widerspruchsfreie Erklärung zu finden. Modelltheoretisch fällt die Stringenz der Annahmen ins Auge. So ist es sicher problematisch, gleiches Wissen und gleiche Schätzfähigkeiten bei den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern und bei der Bevölkerung zu unterstellen. Mit gewissem Recht wird argumentiert, diese Annahme sei für einen organisierten Markt, wie eine Auktion, legitim, nicht aber für eine große Anzahl auf verschiedenen Märkten agierender Individuen. Gleichwohl scheint der Einwand nicht stark, wenn man bedenkt, daß in der Regel Wirtschaftspolitiker und Individuen wesentliche Teile ihres Wissens zur gleichen Zeit aus den gleichen Quellen – meistens aus Massenmedien – beziehen und die stochastische Verteilung von Erwartungen im Durchschnitt bei den Privaten nicht schlechter sein muß als bei einer relativ kleinen Zahl wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger.

Ein gravierender Einwand gegen die Theorie der rationalen Erwartung ergibt sich aus der Prämisse, daß Löhne und Preise auch kurzfristig vollständig flexibel sind. Die „Rationalisten“ sehen selbstverständlich, daß diese Annahme allen Erfahrungen zuwiderläuft. Sie können jedoch modelltheoretisch zeigen, daß sich am Ergebnis nichts ändert, wenn Löhne und Preise den vorgesehenen Wachstumsraten der Geldmenge exakt folgen. Das ist eine empirische Frage, die zum dornenvollen Komplex der kurzfristigen Preis- und Lohndynamik des Phillips-Theorems zurückführt.

Begibt man sich auf den Boden der rationalen Erwartungstheorie, ist eine Arbeitslosigkeit nicht möglich, soweit sie auf Unkenntnis der Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen

beruht. Arbeitnehmer und Unternehmer beziehen in ihre Überlegungen nicht nur die prognostizierten wirtschaftlichen Eckdaten, sondern auch die angekündigten oder vorhersehbaren Entscheidungen der Wirtschaftspolitik ein. So kann es z. B. nicht passieren, daß Arbeitnehmer eine Reallohnsenkung als Folge der Inflation oder Unternehmer eine Gewinnreduktion als Folge steigender Kosten nicht bemerken. Dies wird durch die Prämisse der rationalen Erwartungstheorie ausgeschlossen und damit auch die von solcher Unkenntnis ausgehenden positiven oder negativen Beschäftigungswirkungen. Das gilt – wie erwähnt – ebenso für Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, soweit sie angekündigt sind oder erwartet werden. Man wird kaum behaupten können, daß diese Annahme in einer Welt, in der sich Wissen zweifellos rascher als früher ausbreitet, nicht plausibel ist. Die Probleme beginnen – wie bei jeder Erwartungstheorie – dort, wo es darauf ankommt, neues Wissen in die Realität umzusetzen. Das sei an einem Beispiel illustriert.

Das Beispiel der Ölpreiserhöhung

Die drastische Erhöhung des Ölpreises Anfang des Jahres 1974 durch das OPEC-Kartell ist auch nach der Theorie der rationalen Erwartung, die eine vollständige Nutzung vorhandenen, aber kein vollständiges Wissen voraussetzt, ein nicht antizipierbares Ereignis. Wenn man in Übereinstimmung mit der Realität unterstellt, daß die Löhne und Preise zwischen Privaten vertraglich auf bestimmte Zeiten vereinbart sind, können durch derartige Preisstarrheiten negative Beschäftigungs- und Produktionseffekte eintreten, z. B. weil Unternehmen der erheblichen Energiekostensteigerung durch Entlassungen begegnen.

Die Wirtschaftspolitik wäre in einer solchen Situation in der Lage, durch geeignete Maßnahmen die Beschäftigungs- und Produktionsdrosselung zu mildern oder rückgängig zu machen. Dieses Ergebnis tritt – obwohl die Prämissen der rationalen Erwartungstheorie gelten – nur deswegen ein, weil die Wirtschaftspolitiker auf ein nicht antizipierbares Ereignis in einer Weise reagieren können, die den Privaten in einer kontraktbedingten Welt kurzfristig verschlossen bleibt. Auch dann, wenn Wirtschaftspolitiker und Publikum in ihren Entscheidungen das jeweilige Wissen voll verwerten, entfällt bei unvorhersehbaren Entwicklungen nicht die grundsätzliche Notwendigkeit für eine Stabilisierungspolitik, über deren Ausgestaltung und zeitliche Dimensionierung damit noch nichts ausgesagt ist. Mit anderen Worten: Rationale Erwartungen und aktive Wirtschaftspolitik schließen sich nicht aus.

Noch keine Beurteilung möglich

Es kann an dieser Stelle nicht allen Einzelheiten einer anhaltenden theoretischen und empirischen Debatte nachgegangen werden, insbesondere nicht den Versuchen der „Rationalisten“, ihre Hypothesen gegen solche Kritik abzusichern. Ein Punkt sei allerdings noch erwähnt. Da Kontrakte unerläßliche Bestandteile einer modernen Wirtschaft sind, führen die „Rationalisten“ als weitere Annahme ein, die kontrahierenden Parteien würden davon ausgehen, die Wirtschaftspolitik ergriffe nur Maßnahmen, die dem Geschmack der Kontrahenten entsprechen. Mit dieser Annahme kommen sie einem Zirkelschluß nahe: Ist das Handeln des Staates – aufgrund seiner Ankündigungen oder begründeter Erwartungen – antizipierbar, vermag man nicht einzusehen, warum die zusätzliche Annahme, der Staat werde seine

Maßnahmen auch im Hinblick auf die Erwartungen von Kontrahenten treffen, sich allgemeiner Kenntnis und damit der Antizipation entzieht.

Die wirtschaftspolitische Tragweite der rationalen Erwartungstheorie läßt sich genauer erst beurteilen, wenn mehr Evidenz vorliegt. Die bisherigen empiri-

schen Untersuchungen nötigen nicht zum Schluß, daß die Hypothese der rationalen Erwartung zurückzuweisen ist. Wie Sargent offen zugibt, ist das eine schwache Position. Notwendig scheint insbesondere die empirische Klärung folgenden Problems: Da Änderungen der Produktion und Beschäftigung nach Staatseingriffen tatsächlich zu

beobachten sind, bleibt zu prüfen, ob die bisherigen Modelle mit angepaßten Erwartungen (adaptable expectations) solche Eingriffe besser erklären können als Modelle mit vorweggenommenen Erwartungen (rational expectations). Eine wissenschaftlich befriedigende Lösung dieses Problems ist derzeit noch nicht abzusehen.

Kurt W. Rothschild

Alter Wein in neuen Flaschen?

Ein altes und nicht umzubringendes Diskussionsthema unter Sozialwissenschaftlern gilt der Frage, ob die Sozialwissenschaften „echte“ Wissenschaften im Sinne der Naturwissenschaften seien oder nicht. Sei dem wie dem sei; eins ist sicher, der wissenschaftliche Fortschritt vollzieht sich in den beiden Bereichen recht unterschiedlich.

In den Naturwissenschaften wird ein stabiles Objekt mit wachsender Genauigkeit analysiert, Experimente und ihre Auswertung stehen im Vordergrund, alte Theorien werden fallweise durch neue ersetzt, ergänzt oder erweitert, Ideologien spielen eine relativ geringe Rolle. In den Sozialwissenschaften geht es zum Teil anders zu. Ein stets wechselndes Objekt muß in verschiedenen Aspekten und verschiedenen Phasen stets aufs neue interpretiert werden. Da kontrollierte Experimente nur selten durchführbar sind, profilieren sich Forscher vor allem durch die Aufstellung „neuer“ Theorien, die aber im Gegensatz zu denen der Naturwissenschaften nicht unbedingt die alten aufheben oder

modifizieren, sondern bloß ein Argument in einer komplizierten Debatte darstellen. Da viele grundlegende Probleme in gewissen Zeitabständen immer wieder in neuer Form akut werden, neigen manche theoretische Auseinandersetzungen in den Sozialwissenschaften zu einer gewissen Kreisbewegung, die in deutlichem Gegensatz zu den eher geradlinig fortschreitenden naturwissenschaftlichen Theorien steht. Dazu kommt noch der Einfluß ideologischer Elemente, der in den Sozialwissenschaften eine weit größere Rolle spielt.

Zwei Zeitströmungen

Diese Einleitung war nötig, um überhaupt verständlich machen zu können, wieso die „neue“ Theorie der rationalen Erwartungen der Professoren Lucas, Wallace und Sargent unter den Ökonomen der USA – wie die Business Week schreibt – „excitement and controversy“ hervorrufen konnte. Denn zumindest die radikale Schlußfolgerung dieser Autoren, daß jeglicher staatliche Versuch, durch fiskalische oder monetäre Maßnah-

men die Wirtschaft zu stabilisieren, scheitern müsse und daß sich daher die Regierungen auf ein ausgeglichenes Budget und eine verstetigte Geldmengpolitik beschränken sollten, klingt so neu doch nicht. Hier wird – aber eben durch eine neue Theorie interessant und hoffähig gemacht – wieder einmal das verabsolutierte Argument für die völlig „freie“ Wirtschaft vorgebracht, wie es schon im Manchesterliberalismus, bei der Orthodoxie der zwanziger und dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts und bei vielen Monetaristen zu finden ist. Es war nicht zuletzt die mit diesen Ansichten einer harmonisch funktionierenden Privatwirtschaft kontrastierende Realität, die zum Erfolg von Keynes und zur Theorie einer staatlichen Stabilitätspolitik führte.

Daß nun die alten Rezepturen in neuem Gewand zu solchem theoretischen Ansehen gelangen können, hängt mit zwei Zeitströmungen zusammen. Erstens führten die Enttäuschungen, die sich aufgrund übertriebener Erwartungen bezüglich der staatlichen

Stabilisierungsmöglichkeiten in einer überwiegend privatwirtschaftlich gelenkten Wirtschaft ergeben hatten, zu einer gewissen Abkehr von bisherigen Vorstellungen; und zweitens macht sich der Einfluß gewisser Unternehmenskreise geltend, die beunruhigt sind, ob sich nicht der wachsende Staatseinfluß gelegentlich auch ungünstig auf sie auswirken könnte.

Hypothese der rationalen Erwartungen

So viel zum alten Wein (der aber nicht notwendigerweise ein guter sein muß). Wie steht es mit der neuen Flasche, der neuen Begründung für die liberale Orthodoxie? Hier findet man selbstverständlich vor allem solche Elemente des Problems, die in der gegenwärtigen Phase der entwickelten kapitalistischen Industriestaaten eine besondere Rolle spielen und mit denen man sich tatsächlich auseinandersetzen muß. Im Mittelpunkt der Theorie von Lucas, Wallace und Sargent steht die Aussage, daß die stabilitätspolitischen Maßnahmen des Staates von rationalen Wirtschaftssubjekten mit der Zeit erwartet und vorweggenommen werden, so daß diese Maßnahmen nicht die erwünschten Reaktionen im richtigen Zeitpunkt hervorrufen. Damit verlieren sie ihre stabilisierende Eigenschaft oder wirken sogar destabilisierend. Plötzliche und überraschende Staatseingriffe könnten zwar gewünschte Reaktionen hervorrufen, doch könne man keine dauerhafte Politik auf der Basis erratischer Maßnahmen betreiben.

In diesem Kernstück der „Theorie der rationalen Erwartungen“ wird tatsächlich ein Problem angesprochen, das in den letzten zehn Jahren akut geworden ist und das eine weitverbreitete Skepsis gegenüber der bisherigen keynesianischen und post-keynesianischen Stabilitätspolitik ausgelöst hat. Die Teil-

erfolge, die diese Politik im ersten Vierteljahrhundert nach Kriegsende erzielte, haben zu Verhaltensweisen und Erwartungen geführt, welche die bisherigen Interventionsinstrumente stumpf werden ließen. Preis- und Lohnverhalten, Investitions- und Konsumverhalten, Verteilungskampf und Zukunftsansprüche haben sich unter dem Einfluß der staatlichen Maßnahmen gewandelt und zum Teil zu den „selbsterstörerischen“ Reaktionen geführt, von denen die Autoren sprechen. Insoweit sie diesen Tatbestand hervorheben, leisten sie einen wichtigen Beitrag zu der gegenwärtigen Debatte über die Zukunft der Konjunkturpolitik. Er besteht letzten Endes in dem Hinweis auf die häufig übersehene Tatsache, daß sich soziales Geschehen im historischen Raum abspielt und daß vergangene Ereignisse die Gegenwart beeinflussen und zu ihrer Interpretation herangezogen werden müssen.

Was an der Theorie zum Widerspruch herausfordert, ist einerseits die Verabsolutierung der Hypothese der rationalen Erwartungen und andererseits die Schlußfolgerung, die aus dem theoretischen Ansatz gezogen wird. Die Annahme, daß staatliche Stabilisierungsmaßnahmen stets nach kürzester Zeit durch das Erwartungsverhalten der Wirtschaftssubjekte entwertet werden müssen, läßt sich kaum mit den Erfahrungen vereinen. Über weite Bereiche bestehen keine Möglichkeiten und Absichten, das Verhalten stets an mögliche künftige Änderungen anzupassen. Gewohnheit, Reizschwellen, Kontrakte etc. führen vielfach zu eher nachhinkenden als vorwegnehmenden Reaktionen, so daß über gewisse Bereiche mit einer, wenn auch im Zeitablauf sich ändernden und schwächer werdenden Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen durchaus gerechnet werden kann. Die Theorie läßt sich

allerdings gegen solche Einwände „schützen“. Da Erwartungen empirisch schwer erfaßbar sind, kann man Verhaltensweisen, die nicht der Erwartungshypothese entsprechen, damit abtun, daß man für diese Fälle die Annahme trifft, daß sich noch keine „rationalen Erwartungen“ herausgebildet haben.

Keine zwingenden Schlußfolgerungen

Vor allem sind aber die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen der Autoren alles eher als zwingend. Selbst wenn man die Gefahr konterkarierenden Erwartungsverhaltens hoch ansetzt, folgt daraus keineswegs, daß eine gänzliche Abstinenz des Staates die beste Lösung darstellt. Hinter diesem Gedanken steht die nach wie vor wohl kaum haltbare Hypothese einer privaten Marktwirtschaft, die – wenn sie nur sich selbst überlassen bliebe – zur stabilen Vollbeschäftigung und zur Preisstabilität tendiere. Trifft dies nicht zu, so verliert der Vorwurf, daß staatliche Stabilitätspolitik ihr Ziel (wegen der Erwartungen) nicht voll erreichen könne, wesentlich an Bedeutung. Entscheidend ist nun bloß, was in einem grundlegend unstablen Rahmen etwas mehr Stabilität (und andere Zielgrößen) liefert: Staatliche Abstinenz oder staatliche Aktivität. Einblicke in das Geschehen existierender Staaten lassen erkennen, daß es dafür zumindest keine einfachen und eindeutigen Antworten gibt.

Erkenntnis des Erwartungsproblems läßt aber vor allem auch andere Schlußfolgerungen zu. Durch Variationen und Kombinationen staatlicher Maßnahmen könnte das Entstehen stereotyper Erwartungen hinausgezögert werden. Das würde neue Stabilisierungsmöglichkeiten schaffen. Freilich ist das nicht leicht. Aber auch bei Steuersystemen, die mit der Zeit durch Umgehung und Hinterziehung an

Effizienz verlieren, plädiert man nicht für deren Beseitigung, sondern versucht durch Änderung der Besteuerungsregeln den gewünschten Zweck zu erreichen. Und schließlich: Wenn privates Verhalten im Investitionsbereich und anderwärts stets tatsächlich

dem allgemeinen Wunsch nach mehr Stabilität zuwiderlaufen sollte, wo steht geschrieben, daß dieser Wunsch aufgegeben werden muß? Dem Modell der komplett privatisierten Entscheidungswelt, die keineswegs stabil wäre, kann man immer noch das

Gegenmodell einer teilweise durch Absprache, teilweise durch gezielte Steuern, Subventionen und direkte Planungsgrößen erweiterten Stabilitätspolitik entgegensetzen, die für destabilisierende Erwartungen weniger Spielraum offen lassen würde.

Manfred Willms

Ende der Konjunkturpolitik?

Die seit kurzem lautstark in die Konjunkturanalyse eingeführte rationale Erwartungshypothese stellt eine Herausforderung für die Konjunkturpolitiker dar. Gemäß dieser Hypothese haben die Wirtschaftseinheiten volle Information über die Wirkungsweise konjunkturpolitischer Maßnahmen und bestimmte Erwartungen über den Zeitpunkt ihres Einsatzes. Unmittelbar nach der Verkündung antizyklischer Programme stellen sie sich auf deren Wirkungen ein und verhindern damit ihren Erfolg.

Würde z. B. versucht, mittels einer expansiven Finanzpolitik zusätzliche öffentliche oder private Bauprogramme durchzuführen, werden die im Bausektor Beschäftigten höhere Löhne durchsetzen, und die Bauunternehmen werden sie in der Gewißheit höherer Aufträge gewähren. Das zusätzliche Bauprogramm führt dann zu inflationären Impulsen in diesem Sektor, ohne die Gesamtwirtschaft zu stimulieren. Senkt der Staat die Steuern, um die privaten Wirtschaftseinheiten zu zusätzlichen Ausgaben zu veranlassen, antizipieren diese be-

reits, daß der Steuersenkung in absehbarer Zeit eine Steuererhöhung folgen wird und geben die durch die Steuersenkung freigesetzten Mittel nicht aus. Ebenso verpufft die stimulierende Wirkung einer Beschleunigung der Wachstumsrate der Geldmenge. Eine derartige Politik bewirkt bei rationalen Erwartungen im Unternehmensbereich keine Produktions- und Gewinnsteigerung mehr mit der Folge zusätzlicher Investitionen und zusätzlicher Beschäftigung, sondern führt dazu, daß die Inflationsrate gleichzeitig bei Zinsen, Löhnen und Preisen antizipiert wird und damit der stimulierende reale Effekt entfällt.

Rationale vs. adaptive Erwartungen

Die rationale Erwartungshypothese ist aus der Kritik an der adaptiven Erwartungshypothese entstanden. Die Unzufriedenheit mit dieser Hypothese ergab sich auf der einen Seite aus ihren divergierenden empirischen Schätzergebnissen. So wurden z. B. nach dieser Hypothese für den Einfluß der Inflationserwartungen auf das Zinsniveau zeitliche Verzögerungen zwischen

18 Monaten und mehr als 20 Jahren ermittelt. Auf der anderen Seite ergab sich eine Kritik an dem adaptiven Erwartungsansatz aus theoretischer Sicht dahingehend, daß bei ihm die Lernfähigkeit der Wirtschaftseinheiten ungenügend Berücksichtigung fand. So wird bei der adaptiven Erwartungshypothese davon ausgegangen, daß sich die Wirtschaftseinheiten allein an den beobachteten Wirtschaftsdaten der gegenwärtigen und vergangenen Perioden orientieren. Die Erwartungen werden demnach mit einer zeitlichen Verzögerung an die tatsächlich beobachteten Werte angepaßt.

Im Gegensatz hierzu unterstellt die Theorie rationaler Erwartungen, daß die Wirtschaftseinheiten über genaue Kenntnisse der Struktur und des Ablaufs des Wirtschaftsprozesses verfügen. Sie passen ihre Erwartungen der jeweiligen ökonomischen Situation und ihren Informationen über beabsichtigte wirtschaftspolitische Maßnahmen unmittelbar und irrtumsfrei an.

Die Konsequenz der Existenz rationaler Erwartungen ist, daß

die bisherige Art der Konjunkturpolitik zur Erfolglosigkeit verurteilt ist. Ein trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit besteht nicht mehr. Bei rationalen Erwartungen wird die Phillips-Kurve auch kurzfristig zu einer Vertikalen. Reale Effekte würden von der Konjunkturpolitik nur noch dann ausgehen, wenn die Wirtschaftseinheiten von den staatlichen Maßnahmen überrascht werden.

Abbau der Geldillusion

Was spricht für und was spricht gegen die These des Vorhandenseins rationaler Erwartungen?

Zugunsten der rationalen Erwartungshypothese spricht, daß die Geldillusion weitgehend aufgehoben ist. Während in den 60er Jahren eine konjunkturelle Unterbeschäftigung mittels einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik schnell dadurch abgebaut werden konnte, daß die Reallöhne sanken, ist dies in den 70er Jahren nicht mehr so gut gelungen. Die Wirtschaftseinheiten orientieren sich jetzt überwiegend an realen Größen und versuchen mit allen Mitteln, erwartete Inflationsraten sofort auszugleichen. Die diskretionäre Geld- und Fiskalpolitik wird in ihrem Einsatz und in ihrer Wirkung zunehmend antizipiert und verliert damit an Effizienz.

Zugunsten der rationalen Erwartungshypothese spricht ferner, daß bei dem empirischen Test von Erwartungen auf der Grundlage dieser Hypothese die Auswirkungen von Veränderungen in der Struktur der Wirtschaft und in dem Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente erfaßt werden können. Bei der Verwendung eines adaptiven Erwartungsansatzes werden demgegenüber die Auswirkungen dieser Effekte auf die lag-Struktur nicht berücksichtigt. Das hiermit erwähnte Problem ist allerdings in erster Linie statistisch-ökonomischer Natur.

Ein wesentlicher Kritikpunkt an der rationalen Erwartungshypothese ist, daß sie auf vollkommener Voraussicht der Wirtschaftseinheiten basiert. Es wird unterstellt, daß bei den Wirtschaftssubjekten keine Unsicherheit über die Zukunft besteht und daß sie die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen im voraus erkennen.

Eine stark expansive Geldpolitik müßte demzufolge nicht zu einer Senkung des Zinsniveaus, sondern zu einer Erhöhung desselben führen. Der sonst erst nach einiger Zeit wirksam werdende Preiserwartungseffekt müßte sich unmittelbar im Zinsniveau niederschlagen. Eine derartige Reaktion des Zinssatzes ist bisher nicht beobachtet worden und dürfte auch sehr unwahrscheinlich sein. Eine solche Reaktion widerspricht der Funktionsweise des Marktmechanismus.

Darüber hinaus wird unterstellt, daß die einzelnen Marktteilnehmer volle Information über sämtliche sie betreffenden Märkte besitzen. Bei der Produktion und dem Tausch der meisten Güter verfügen die Wirtschaftseinheiten jedoch nur über die Informationen aus ihren regionalen Teilmärkten. Diese Information braucht nicht mit den für die Gesamtwirtschaft bestehenden Bedingungen identisch zu sein. Preisänderungen auf regionalen Teilmärkten reflektieren neben dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate auch relative Angebots- und Nachfrageverschiebungen sowie unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen. Die Wirtschaftseinheiten werden kaum in der Lage sein, immer zwischen inflationären Preiserhöhungen und Preiserhöhungen, die durch relative Preisveränderungen bedingt sind, zu unterscheiden. In diesem Fall führen monetäre Impulse zu realen Effekten, da sie teilweise mit realen Störungen verwechselt werden.

Als weiterer Einwand gegen die rationale Erwartungshypothese ist geltend zu machen, daß es kein allgemein anerkanntes Modell über die Wirkung konjunkturpolitischer Maßnahmen gibt. So gehen einige Ökonomen davon aus, daß die Geldpolitik schneller und stärker wirkt als die Fiskalpolitik, während andere genau das Gegenteil behaupten. Für die Geldpolitik werden wiederum jeweils unterschiedliche Steuerungskonzepte vertreten. Auch in der gegenwärtigen Konjunktursituation werden abweichende konjunkturpolitische Maßnahmen vorgeschlagen. Es gibt Ökonomen, die eine Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage für erforderlich halten, während die Mehrzahl eine Verbesserung der unternehmerischen Ertragslage zur Investitionserhöhung und Arbeitsplatzbeschaffung für notwendig hält.

Erhebliche Bedenken

Das Bestehen derartig divergierender Auffassungen über die Wirkungsweise des konjunkturpolitischen Instrumentariums läßt erhebliche Bedenken gegenüber der expliziten Annahme der rationalen Erwartungshypothese aufkommen, daß alle Wirtschaftseinheiten die Wirkung der getroffenen Maßnahmen richtig antizipieren.

Selbst wenn alle Wirtschaftseinheiten das adäquate Modell zugrunde legen würden und rationale Erwartungen hätten, bedeutet dies noch nicht, daß sie die Erwartungen auf den Arbeits-, Kapital- und Gütermärkten ohne zeitliche Verzögerungen in die bestehenden Kontrakte einbeziehen können. Auf zahlreichen wichtigen Märkten existieren in der Realität vertragsmäßig bedingte Preisrigiditäten. Die rationale Erwartungshypothese unterstellt demgegenüber, daß auf allen Märkten eine unendliche Anpassungsgeschwindigkeit gegeben ist.

Die genannten Einwände dürften klar gemacht haben, daß die rationale Erwartungshypothese nicht als repräsentativer Erklärungsansatz für das tatsächliche Verhalten der Wirtschaftseinheiten angesehen werden kann. Trotz des Lernprozesses, der inzwischen stattgefunden hat, bleibt die Wirkung des konjunkturpolitischen Instrumentariums auf reale Größen erhalten. Aller-

dings sollte man nicht der Illusion unterliegen, strukturelle Arbeitslosigkeit durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik beseitigen zu können. Hier wird die Wirkung mit Ausnahme realer Effekte im Bausektor tatsächlich nur in einer Erhöhung der Inflationsrate bestehen.

Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen, die die Vertreter der

rationalen Erwartungshypothese aus ihrem Modellansatz ziehen, sind dagegen voll zu akzeptieren. Die Einhaltung einer Geldmengenregel und die Einführung kontinuierlich wachsender Staatsausgaben dürften mit Sicherheit zu einer Stabilisierung des ökonomischen Ablaufs und nicht zuletzt zu einer Stabilisierung der Erwartungen der Wirtschaftseinheiten führen.

Bernhard Gahlen

Nur eine Ablenkung von der Problematik

Die These, die beste Stabilisierungspolitik bestünde im Nichtstun, ist keinesfalls neu. Sie wird immer wieder belebt und teilweise mit neuen Argumenten belegt. Ihre Beliebtheit in der Öffentlichkeit ist leicht mit dem Unbehagen über die praktizierte Politik erklärt. Vertritt ein Wissenschaftler diese These, dann hat er für sich ein gutes Patentrezept gefunden. Er sollte eigentlich wissen, daß es immer wieder zu Instabilitäten kommt, die die politischen Instanzen zum Handeln zwingen. Demnach wird er nie mit einer Situation konfrontiert, in welcher ein Nichtstun praktiziert wird. Seine Position erlaubt es ihm, jede Art der Stabilisierungspolitik zu kritisieren. Dabei kann er auf Zustimmung hoffen.

Richtig ist, daß die Stabilisierungspolitik nicht die Erwartungen erfüllt hat, die in den sechziger Jahren in sie gesetzt wurden. Der anfängliche Enthusiasmus ist in Enttäuschung umgeschlagen. Trotz Stabilisierungs-

politik haben z. B. in der Bundesrepublik Deutschland

- das Wachstum abgenommen,
- sich die Dauerinflation beschleunigt,
- die Arbeitslosigkeit zugenommen und
- sich der Konjunkturzyklus verstärkt.

Trotz Stabilisierungspolitik sind wir demnach vom Regen unter die Traufe geraten. Es ist zu naheliegend, nun alle Schuld bei der Stabilisierungspolitik zu suchen. Der empirische Befund deutet auf Mißerfolge hin. Die Therapie war falsch. Die Antwort auf eine falsche Therapie ist aber nicht der Verzicht auf Therapie.

Falsche Diagnose

Jede Therapie geht von der Diagnose aus. Dem Modell der Globalsteuerung liegt eine falsche Diagnose zugrunde. An ihrer öffentlichen Verbreitung

haben die Ökonomen in Lehrbüchern mitgewirkt. Sie haben die Keynes'schen Lehren zur Karikatur entstellt. Dabei kam das triviale Modell dem Verlangen der Öffentlichkeit nach Einfachheit sehr entgegen. In wenigen Strichen sieht das Modell wie folgt aus: Im privaten Sektor kommt es zu einer zyklischen Abfolge von Rezessions- und Boomphasen. In einer Rezession ist die private Nachfrage unzureichend, um das Produktionspotential auszuschöpfen. Es kommt zur Arbeitslosigkeit. Im Boom übersteigt die private Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten. Inflation ist die Folge. Es gibt demnach entweder Arbeitslosigkeit oder Inflation. Beide Fehlentwicklungen werden mit umgekehrten Vorzeichen, aber gleich erklärt. Aus dieser Diagnose folgt die Therapie zwangsläufig. In der Rezession muß der Staat zur Überwindung der Arbeitslosigkeit die Nachfrage ankurbeln. Er muß selbst mehr nachfragen und den privaten Wirtschafts-

subjekten mehr Möglichkeiten zur Nachfrage einräumen. Bei Inflation gilt dieses alles umgekehrt. Die Bundesbank muß diese antizyklische Politik unterstützen.

Natürlich können die privaten Wirtschaftssubjekte eine Politik nach diesem Muster unterlaufen. Sie brauchen noch nicht einmal besonders „rationale Erwartungen“ zu haben, um dieses zu tun. Diese Hypothese der „rationalen Erwartungen“ lenkt von der Problematik nur ab. Die Krise der Stabilisierungspolitik ist tiefgreifend. Es geht nicht um den Zirkel Diagnose, Therapie und Immunisierung. Es geht auch nicht darum, daß die Therapie nie konsequent durchgeführt worden ist. Bereits die Diagnose ist falsch.

Keynes' kurzfristige Orientierung

Keynes hat bekanntlich wenig zur langfristigen Problematik der Instabilität und der Stabilitätspolitik gesagt. Seine Analyse war vor allem kurzfristig orientiert. Sie beruhte auf den Erfahrungen mit der Weltwirtschaftskrise. Damals war es herrschende Ansicht, daß die Massenarbeitslosigkeit über einen deflatorischen Prozeß überwunden werden könnte. Diesen hielt Keynes für zu kostspielig und zu unsicher. Sein Rezept lautete Nachfrageausdehnung. Die notwendige Reallohnsenkung zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung wollte er demnach nicht über sinkende Nominallöhne erreichen. Sein Rezept war die Inflation. Hicks bringt das radikale Element des Hauptwerkes von Keynes dann auch auf die Formel: Inflation spielt keine Rolle.

Dieses war 1936 verständlich. Nicht Inflation, sondern Deflation war damals das Hauptproblem. Keynes' wichtigste Botschaft war: ein deflatorischer Prozeß ist nicht hilfreich. Auf längere Sicht — dieses war nicht

das Problem von Keynes — mußte sich jedoch eine Globalsteuerung nach Keyneschem Muster festlaufen. Sie konnte von den Akteuren des privaten Sektors nach Lerneffekten unterlaufen werden. Die Gewerkschaften haben begriffen, daß der Reallohn nicht nur durch Druck auf die Lohnabschlüsse, sondern auch durch Preissteigerungen gedrückt werden kann. Sie sind deshalb zur Nettoealohnorientierung übergegangen. Die Unternehmer wissen, wann sie mit der Unterstützung des Staates rechnen können.

Vielzahl von Patentrezepten

Die kurzfristig orientierte Stabilisierungspolitik ist demnach in eine Sackgasse geraten. Die nunmehr offenkundige Krise der Stabilisierungspolitik hat zur allgemeinen Ratlosigkeit geführt. Alle Beteiligten schieben sich den schwarzen Peter zu: Wissenschaftler kritisieren alle Akteure im privaten und staatlichen Bereich; Politiker sind schnell mit der Vokabel von der „neuen Weltwirtschaftskrise“ zur Stelle; Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschuldigen sich gegenseitig und die Regierung. In solchen Situationen sind alle rasch mit Patentrezepten bei der Hand. Hier ist das kürzlich veröffentlichte Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel in den Minderheitsvoten der Tarifparteien außerordentlich aufschlußreich. Relativierung der Geldwertstabilität, Vollbeschäftigungsgarantie, mitbestimmte Gestaltung auf der einen Seite und eine zähe Verteidigung des Status quo auf der anderen Seite; dieses sind Patentrezepte im Verteilungskampf.

Auch in der Wissenschaft steht hier ein Patentrezept zur Diskussion: das Nichtstun. Gerechtfertigt werden könnte es durch den Nachweis, daß alles ohne Staatseingriffe relativ rei-

bungslos läuft. Dieser Nachweis ist bislang nur in Modellen gelungen, deren Annahmen nicht der Realität entsprechen. So einfach kann sich der Wissenschaftler nicht der Verantwortung entziehen.

Die Mißerfolge der praktizierten Wirtschaftspolitik haben die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft beeinflusst. Nach der „zweiten Krise der Nationalökonomie“ fordert z. B. Joan Robinson, es sei an der Zeit, auf den Keyneschen Ansatz zurückzugehen und von vorn zu beginnen. An Publikationen in dieser Richtung herrscht kein Mangel.

Langfristige Betrachtungsweise notwendig

Man kann die gegenwärtigen Instabilitäten nur richtig deuten und Strategien zur Bekämpfung entwickeln, wenn eine langfristige Betrachtungsweise gewählt wird. Zu langfristigen Fehlentwicklungen hat Keynes bekanntlich wenig gesagt. Dies war nicht sein Thema. Er war jedoch der Ansicht, daß die langfristige Entwicklung des Preisniveaus vom Lohnkostendruck her bestimmt wird. Heute sind die Konsequenzen dieser Verteilungskampfhypothese in allen westlichen Industrieländern deutlich belegbar. Der Versuch, durch eine Nominallohnpolitik die Verteilung zu ändern, führt bei den gegebenen Machtstrukturen zwangsläufig z. T. zur Inflation und zum anderen zur Reduktion der Gewinnerwartungen. Dieses führt wiederum zur Investitionsschwäche und damit zu Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit.

Obleich sich die Tarifpartner bemühen, Lohnabschlüsse zu tätigen, die der Beschäftigungslage, dem Wachstum und der Preisniveaustabilität gerecht werden, ist dieses aus vielen Gründen dann nicht möglich, wenn der Staat nichts tut. Bereits aus Paritätsüberlegungen

heraus ist im Verteilungskampf längerfristig die Tendenz angelegt, daß die Ziele Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität gleichzeitig zunehmend verletzt werden. Hier kann der Staat nicht tatenlos zusehen. Was soll er also tun?

Verstetigung und Prophylaxe

Selbstverständlich leistet er keinen Beitrag zur Stabilisierung, wenn er sich selbst am Verteilungskampf beteiligt. Hier sollte nach den Erfahrungen in den siebziger Jahren genügend Lehrgeld bezahlt worden sein. Weiterhin sollten es staatliche Instanzen unterlassen, auf einen langfristigen Verteilungskampf kurzfristig unter Zugzwang, also erst dann, wenn die Instabilitäten den Schwellenwert der Zumutbarkeit übersteigen, zu reagieren. Über den Schock der Arbeitslosigkeit kann der Grad der Dauerinflation kaum gesenkt werden. Nach den Krisen von 1967 und 1974/75 sollten die Kosten einer solchen kurzfristigen Schockpolitik offenkundig sein. So werden die Instabilitäten nur verstärkt. Eine kurzfristige Stabilisierungspolitik sollte demnach nur prophylaktisch eingesetzt werden. Übersteigerungen im Verteilungskampf muß vorgebeugt werden. Wichtiger ist, daß die staatlichen Instanzen in unserer gemischten Wirtschaftsordnung ihr Gewicht so einsetzen, daß die Erwartungen im privaten Sektor stabilisiert werden.

Die Prinzipien Verstetigung und Prophylaxe sind rasch formuliert. Den Akteuren in politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist auch mit leichter Hand der Rat erteilt: orientiert euch langfristig. Dieses fällt autonomen Gremien viel leichter. Aus diesem Grund ist auch die Autonomie der Notenbank so wichtig.

Vom Sachverständigenrat stammt das Wort: Die Probleme der Stabilisierungspolitik sind nicht die der Schmierung einer Maschine. So einfach möchte man sie natürlich sehen. Deshalb orientiert man sich gern kurzfristig. Beliebt ist die Argumentation mit wenigen magischen Zahlen wie Inflationsrate, Arbeitslosenquote und Wachstumsrate. Die Suche nach dem Schuldigen ist ein gängiges Thema. Mit solchen vordergründigen Argumenten sind die Herausforderungen der Zukunft nicht zu bewältigen.

Kern des Problems

Die Verteilungskampfhypothese zielt viel weiter als die Frage nach angemessenen oder unangemessenen Lohnerhöhungen. Sie geht über eine „rationale“ ökonomische Betrachtung hinaus. In einer demokratischen Industriegesellschaft muß ein sehr labiles Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Basisconsens und dem unvermeidlichen Konflikt gewahrt werden. Hier haben staatliche Instanzen die Aufgabe, der Tendenz zur Verschärfung des Konflikts oder zur zunehmenden Gegenwartsorientierung entgegenzutreten. Hierin liegt der Kern des Problems. Wie sollen staatliche Instanzen, die meist kaum über den nächsten eigenen akuten Konflikt, auf den sie taktisch reagieren, hinausdenken, Zielvorstellungen formulieren können? Dieses ist die entscheidende Frage an die Zukunft der Stabilisierungspolitik.

Überlegungen dieser Art mögen abstrakt erscheinen. Mir geht es jedoch um den Hinweis, daß die anstehenden Probleme nicht technokratisch gelöst werden können. Gerade angesichts des Verteilungskampfes haben die Wirtschaftswissenschaftler ihre Position häufig überschätzt. Sie sahen sich gern als Schlichter. Die zahlreichen „wissen-

schaftlichen Konzepte“ der Lohnpolitik zeugen davon. Wir sollten angesichts der Strukturprinzipien von Gesellschaft und Wirtschaft sehr vorsichtig beim Notengeben sein. Die Erfahrung zeigt, daß wissenschaftliche Aussagen dann zu leicht Parteinahme sind.

Zwei Thesen

In diesem Zeitgespräch müssen die Schlußfolgerungen kurz und polemisch sein. Was sollten wir also gelernt haben? Ich schließe mit zwei Thesen:

Im Keynesianismus sind Verteilungs- und Strukturfragen weitgehend ausgeklammert. Wir haben jahrelang mit der Illusion gelebt, mit raschem wirtschaftlichem Wachstum ließen sich beide Fragen überspielen. Wir wissen jetzt, daß dieses nicht stimmt. „Rational“ mag in Modellen belegt werden, daß die beste Wachstumspolitik für Struktur und Verteilung „optimal“ ist. Man nimmt dieses Ökonomen mit Recht nicht mehr ab. Hier sollte der Schwerpunkt der weiteren Forschung liegen.

Der Wissenschaftler muß sich dem Verteilungskampf stellen. Was kann er hier leisten? — Er kann Partei ergreifen. Folge: Er wird — ob er es mag oder nicht — eingeordnet. Meines Erachtens hat er die Möglichkeit, festgefügte Konfliktfelder aufzufächern. Dabei steht er nicht unter demselben Zwang wie Politiker und Tarifpartner, lediglich kurzfristige Lösungen herbeizuführen.

In diesem Zeitgespräch kann dieses nicht ausgeführt werden. Einen Nachwächterstaat können wir uns jedoch nicht mehr leisten. Daher sind die Thesen von Lucas, Sargent und Wallace kaum hilfreich¹⁾.

¹⁾ Diese Polemik beruht nur auf den Artikeln o. V.: How expectations defeat economic policy, in: Business Week, 7. Nov. 1976, S. 74 f.; o. V.: Wirtschaftstheorie: Für dumme verkaufen, in: Der Spiegel, Nr. 49, vom 29. Nov. 1976, S. 177 ff.